

Weltbevölkerungsbericht 2001

Bevölkerung und Umwelt

Der Einfluss des Menschen wirkt sich auf jeden noch so weit entfernten Teil des Planeten und auf alle Ökosysteme aus – unabhängig davon, wie einfach oder komplex sie sind.

Innerhalb der letzten vierzig Jahre hat sich die Zahl der Menschen auf 6,1 Milliarden verdoppelt. Das Wachstum der Weltbevölkerung hat vor allem in den armen Ländern stattgefunden. Seit 1970 haben sich die Konsumausgaben mehr als verdoppelt, insbesondere in den reichen Ländern. Dennoch lebt die Hälfte der Menschheit von weniger als zwei US-Dollar am Tag.

Bevölkerungswachstum und steigender Verbrauch, angetrieben durch neue Technologien und Globalisierung, verändern den Planeten in bislang unbekanntem Maße. In jedem Bereich sind Überlastungen sichtbar: Lebensräume werden zerstört, Tier- und Pflanzenarten bedroht und ausgerottet, die Böden veröden, Wasser und Luft werden verschmutzt und die Gletscher schmelzen aufgrund der globalen Erwärmung.

Wie können wir das Wohlergehen einer wachsenden Bevölkerung sichern und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schützen? Diese Frage stellt uns vor enorme Herausforderungen: Wie müssen die verfügbaren Ressourcen an Land und Wasser genutzt werden, um Nahrungsmittel für alle zu erwirtschaften? Wie können wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung gleichermaßen vorangetrieben werden? Wie soll man mit den Folgen dieses Handelns – etwa der Erwärmung der Erdoberfläche und dem Verlust der Artenvielfalt – umgehen?

Die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung und Umwelt sind komplex und hängen von den jeweiligen Bedingungen ab. Wenn wir diese Zusammenhänge begreifen wollen, müssen wir das Wechselspiel von Überfluss, Verbrauch, Technologie und Bevölkerungswachstum, aber auch des Verhältnisses der Geschlechter, der politischen Strukturen und der Regierungsführung in Betracht ziehen.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Umsetzung ihres Rechts auf reproduktive Gesundheit, einschließlich ihres Rechts, die Zahl ihrer Kinder und den Abstand zwischen ihren Geburten selbst zu bestimmen, trägt auch zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bei und hilft, den Druck auf die Ressourcen zu verringern.

Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung voraussichtlich um die Hälfte wachsen: von heute 6,1 Milliarden auf 9,3 Milliarden Menschen. Nahezu das gesamte Wachstum wird in den heutigen Entwicklungsländern stattfinden. In den 49 am wenigsten entwickelten Ländern wird sich die Bevölkerung von heute 658 Millionen auf 1,8 Milliarden Menschen fast verdreifachen.

Viele der ärmsten Länder sind zugleich besonders stark von Bodenverödung, Wasserverschmutzung und Nahrungsmittelknappheiten betroffen. Zwar findet der weitaus größte Teil des Verbrauchs in den Industrieländern statt, er nimmt jedoch überall dort zu, wo die Einkommen steigen. Maßnahmen, um die Energievorkommen zu erhalten, die Verschmutzung zu verringern und den nachhaltigen Umgang mit Naturressourcen voranzutreiben, sind entscheidend für die zukünftige Entwicklung.

Auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde ein Konzept verabschiedet, das nachhaltige Entwicklung, Ressourcenschutz und Armutsbekämpfung gleichermaßen zum Ziel hat. Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) im Jahr 1994 wiederum integrierte Maßnahmen zum Umweltschutz in ein übergreifendes Programm, das insbesondere das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, die Gleichstellung der Geschlechter und das Grundrecht auf reproduktive Gesundheit betont.

Die Umsetzungen der ICPD-Empfehlungen dient jedoch auch der Bekämpfung der Armut und dem Schutz der Umwelt. Wenn Frauen die Möglichkeit hätten selbst zu bestimmen, wie viele Kinder sie bekommen wollen, wären die Familien im Durchschnitt kleiner und das Bevölkerungswachstum würde sich verlangsamen. Und der Druck auf die Ressourcen würde abnehmen.

Die „Rio+10“-Konferenz im nächsten Jahr bietet eine Gelegenheit, die Umsetzung der sozialen Beschlüsse des Kairoer Aktionsprogramms und der anderen Konferenzen der 90er Jahre – einschließlich der Aspekte Bildung, freier Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung – in die Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung einzubringen.

Umweltrends

Wasser

Innerhalb der letzten 70 Jahre hat sich der Wasserverbrauch versechsfacht. Weltweit werden 54 Prozent des insgesamt pro Jahr verfügbaren Süßwassers verbraucht, zwei Drittel davon für die Landwirtschaft. Allein aufgrund des Bevölkerungswachstums könnte dieser Verbrauch im Jahr 2025 auf 70 Prozent steigen. Sollte der Pro-Kopf-Verbrauch insgesamt das Niveau der Industrienationen erreichen, werden sogar 90 Prozent des weltweit verfügbaren Süßwassers benötigt werden.

Im Jahr 2000 lebten 508 Millionen Menschen in den 31 Ländern, die unter Wasserknappheit oder chronischem Wassermangel leiden. Bis zum Jahr 2025 könnten es drei Milliarden Menschen in 48 Ländern sein. Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 4,2 Milliarden Menschen – über 45 Prozent der Weltbevölkerung – in Ländern leben, in denen für

die täglichen Grundbedürfnisse weniger als 50 Liter pro Person zur Verfügung stehen.

Viele Länder decken ihren Wasserbedarf auf nicht nachhaltige Weise, zum Beispiel durch die Wasserentnahme aus Grundwasserschichten. In manchen Städten Chinas, Lateinamerikas und Südasiens gehen die Grundwasserspiegel jährlich um einen Meter zurück. Oftmals wird auch auf Seen und Flüsse zurückgegriffen, um den wachsenden Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie zu decken – häufig mit drastischen Auswirkungen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

In Entwicklungsländern werden 90 bis 95 Prozent der Abwässer und 70 Prozent der Industrieabfälle unbehandelt in Oberflächengewässer abgeleitet, die damit für den Bedarf unbrauchbar werden. In vielen Industrieländern beeinträchtigen Düngemittel, Pestizide und der durch die Luftverschmutzung verursachte „saure Regen“ die Wasserqualität und machen teure und energie-intensive Behandlungen notwendig.

Ernährung

Zwischen 1985 und 1995 konnte die Nahrungsmittelproduktion in 64 der 105 untersuchten Entwicklungsländer nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten – insbesondere in Afrika.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) klassifiziert die meisten Entwicklungsländer als „einkommensschwache Länder mit Defiziten in der Nahrungsmittelversorgung“. Diese Länder können nicht genügend Nahrungsmittel produzieren, um ihre Bevölkerung zu ernähren, und sie können diese Lücke nicht durch Importe schließen. Weltweit sind etwa 800 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Für zwei Milliarden Menschen ist die Ernährungssituation nicht gesichert.

Die Kapazitäten zur Nahrungsmittelproduktion werden in armen Ländern durch Bodenschädigung, Wasserknappheit, schädliche Methoden der Landwirtschaft und das schnelle Bevölkerungswachstum weiter beeinträchtigt. Große Teile der landwirtschaftlichen Flächen werden für den Getreideexport genutzt und stehen der lokalen Bevölkerung nicht als Anbauflächen zur Verfügung.

Die genetische Ausdünnung wilder Getreidearten und anderer Kulturpflanzen gefährdet die Bemühungen, die Hauptgetreidesorten zu verbessern. Rund 60.000 Pflanzenarten – ein Viertel aller Arten weltweit – werden bis 2025 voraussichtlich verlorengegangen sein.

Laut FAO sind 69 Prozent aller kommerziell genutzten Fischbestände „vollständig erschöpft, überfischt, entleert oder sie erholen sich nur sehr langsam.“

Um im Jahr 2025 die voraussichtlich acht Milliarden Menschen unterzubringen und ihre Ernährungsweise zu verbessern, muss sich die weltweite Nahrungsmittelproduktion verdoppeln und die Verteilung verbessern. Die zusätzliche Produktion muss vor allem durch höhere Erträge als durch Neuerschließung bewerkstelligt werden. Die Hochertragsgetreidesorten erfordern jedoch bestimmte Dünge- und Pflanzenschutzmittel, die wiederum das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigen.

Auch die ärmsten Länder können ihre Ressourcen an Boden und Süßwasser sicherstellen, Produktionskapazitäten des Bodens verbessern und die landwirtschaftlichen Erträge steigern. Voraussetzung dafür sind verantwortungsbewusste Regierungen, die die Vielzahl der Interessen ausgleichen können. Auch die Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Frauen, und die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sind dazu notwendig.

Klima

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich die Kohlendioxid-Emissionen verzehnfacht: von 534 Millionen auf 6,59 Milliarden Tonnen. Der Anstieg der Emissionen ist vor allem für die globale Erwärmung verantwortlich, die gravierende Auswirkungen auf die Umwelt und das soziale Leben haben wird. Das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) schätzt, dass sich die Atmosphäre innerhalb des nächsten Jahrhunderts um 5,8 Grad Celsius erwärmen und der Meeresspiegel um einen halben Meter ansteigen wird.

Im Jahr 1995 hat das Fünftel der Weltbevölkerung in den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an organischen Brennstoffen 63 Prozent der gesamten Kohlendioxid-Emissionen erzeugt. Das Fünftel in den Ländern mit den geringsten Emissionen trug dazu nur zwei Prozent bei. Die Vereinigten Staaten, in denen 4,6 Prozent der Weltbevölkerung leben, produzieren ein Viertel aller Treibhausgas-Emissionen.

In den Industrieländern haben sich die Pro-Kopf-Emissionen seit 1970 kaum verändert. Obwohl der Pro-Kopf-Ausstoß in Entwicklungsländern deutlich geringer ist, verringert sich die Differenz. Im Laufe des frühen 21. Jahrhunderts wird voraussichtlich die Hälfte der Emissionen von den Entwicklungsländern produziert werden.

Der Klimawandel wird sich ernsthaft auf die Häufigkeit von Unwettern und Überschwemmungen und auf die Bodenerosion auswirken. Er kann das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten beschleunigen, die landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete verschieben und die Gesundheit der Menschen bedrohen, indem er Wasserknappheiten verstärkt und die Ausbreitung von Tropenkrankheiten fördert.

Wald

In den letzten Jahren, als sich das Bevölkerungswachstum auf seinem Höhepunkt befand, hat auch die Entwaldungsrate ihren historischen Höchststand erreicht.

Schätzungsweise die Hälfte der globalen Artenvielfalt ist in den tropischen Regenwäldern beheimatet. Wenn die heutige Geschwindigkeit der Entwaldung anhält, wird die letzte bedeutende Regenwaldfläche innerhalb der nächsten 50 Jahre gerodet sein. Der Verlust der Artenvielfalt dieser Wälder ist irreversibel. Die Entwaldung trägt auch dazu bei, dass sich Kohlendioxid in der Erdatmosphäre anreichert.

Während Programme für ein nachhaltiges Waldmanagement einigen Erfolg versprechen, wird uns das schnelle Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen stellen. Viele Ländern, in denen sich die größten Regenwaldflächen befinden, haben zugleich den größten Bevölkerungszuwachs. Um die Wälder und die Artenvielfalt besser zu schützen, sollten Programme zur Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und zur Familienplanung in die Managementstrategie von Parks und Wäldern integriert werden.

Entwicklungsstand und Umweltfolgen

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit haben so viele Menschen so viele Ressourcen derart intensiv genutzt wie heute. Bevölkerungswachstum, steigender Wohlstand – und mit ihm der Anstieg des Verbrauchs, der Verschmutzung und der Abfallmenge – und die weitverbreitete Armut, die mit einem Mangel an Ressourcen, Technologie und Möglichkeiten, diesen Mangel zu beheben, einher geht, steigern den Druck auf die Umwelt.

Der Unterschied im Verbrauch zwischen Entwicklungs- und Industrieländern ist nach wie vor gewaltig. Weltweit verbrauchen die reichsten Länder mit einem Fünftel der Weltbevölkerung 86 Prozent des gesamten privaten Verbrauchs. Demgegenüber entfallen auf die ärmsten Länder nur 1,3 Prozent.

Ein Kind, das heute in einem Industrieland geboren wird, wird im Laufe seines Lebens mehr zur weltweiten Umweltverschmutzung und zum Ressourcenverbrauch beitragen als 30 bis 50 Kinder in einem Entwicklungsland. Der „ökologische Fußabdruck“ der Menschen in wohlhabenden Ländern ist erheblich tiefer als der der Menschen in armen Ländern – und er übersteigt in vielen Fällen die Regenerationsmöglichkeiten der Erde.

Nahezu 60 Prozent der 4,4 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern verfügen über keine Abwasserversorgung, fast ein Drittel hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, ein Viertel hat keinen angemessenen Wohnraum, ein Fünftel hat keinen Zugang zu modernen Gesundheitsdiensten und ein Fünftel der Kinder verlassen nach weniger als fünf Jahren die Schule.

Die Globalisierung hat bislang zwar zu mehr Wohlstand geführt und das Wirtschaftswachstum angeregt, aber sie hat gleichzeitig auch die Einkommensunterschiede und die Umweltzerstörung verschärft. Viele Menschen sind aufgrund ihrer Armut gezwungen, auf ohnehin fragile Ressourcen zurückzugreifen, um zu überleben. Die Knappheit an verfügbarem Land zwingt arme Menschen häufig dazu, in sensiblen Umweltregionen zu siedeln.

Täglich ziehen rund 160.000 Menschen vom Land in die Städte. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in städtischen Gebieten. In Entwicklungsländern sehen sich viele Städte gravierenden Umwelt- und Gesundheitsproblemen und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen gegenüber, etwa durch das rapide Wachstum, den Mangel an Infrastruktur, die Verschmutzung von Wasser und Luft und das häufig unbezwingbare Abfallvolumen.

Subventionen für Elektrizität kommen jedoch meist nur den städtischen Eliten zugute. Arme Menschen verbringen dagegen Stunden damit, Brennholz zu sammeln, und sie bezahlen insgesamt höhere Energiepreise.

Nur ein Ansatz, der Armutsbekämpfung und Umweltschutz gleichermaßen angeht, kann nachhaltig Entwicklung bewirken. Wesentlich für den Erfolg dieser Maßnahmen ist, dass die lokale Bevölkerung die Kontrolle darüber innehat und dass das vor Ort vorhandene Wissen respektiert wird. Auch Investitionen in Energiedienstleistungen und Infrastruktur, „Grüne Technologien“ und eine angemessene Preispolitik für Wasser, Elektrizität und Düngemittel sind dafür notwendig.

Der Einfluss des Menschen auf die Umwelt verstärkt das Ausmaß von Naturkatastrophen, unter deren Folgen vor allem die Armen leiden. 25 Millionen Menschen sind aufgrund von Umweltbedingungen auf der Flucht.

Frauen und Umwelt

Über die Hälfte der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind Frauen. Sie sind meist für die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Wasser, Energie und anderen für den Haushalt wichtigen Ressourcen zuständig. Fast ein Viertel der Haushalte in ländlichen Gebieten werden von Frauen geführt.

Trotz dieser Verantwortung enthalten nationale Gesetzgebungen oder lokale Traditionen Frauen häufig das Recht vor, Landbesitz zu erben oder zu erwerben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass sie keine Möglichkeit haben, einen Kredit aufzunehmen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Das Leben in ländlichen Regionen ist nach wie vor von hohen Kinderzahlen und großen Familien geprägt. Dies ist zumindest zum Teil darauf zurückzuführen, dass Frauen keine Möglichkeit haben, die Zahl

ihrer Kinder und den Abstand ihrer Geburten selbst zu bestimmen und Gesundheitsdienste, einschließlich Familienplanung, und Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Die Verstädterung stellt für Frauen gleichermaßen Chancen und Risiken dar. Schwangerschaft und Geburt sind in Städten insgesamt weniger riskant, weil es mehr Gesundheitseinrichtungen gibt. Das Stadtleben hält meist auch mehr Bildungsangebote, Erwerbsquellen und einen größeren Heiratsmarkt bereit, erhöht aber zugleich auch die Gefahr von sexueller Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung.

Die Einbeziehung von Frauen in Entscheidungen, die Gesundheit oder Umwelt betreffen, ist ebenso notwendig wie gesetzliche und politische Grundlagen, die ihre Rechte und Gleichstellung absichern. Ohne diese Unterstützung sind viele Frauen in einem Teufelskreis aus Armut, Umweltzerstörung, ungewollten Schwangerschaften und begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten gefangen.

Gesundheit und Umwelt

Umweltbedingungen tragen erheblich zur Ausbreitung von Ansteckungskrankheiten bei, die für 20 bis 25 Prozent aller Todesfälle weltweit verantwortlich sind. Schätzungsweise 60 Prozent aller Todesfälle, die durch akute Erkrankungen der Atmungsorgane verursacht werden, 90 Prozent der durchfallbedingten Todesfälle, 50 Prozent der durch chronische Atemwegserkrankungen verursachten Todesfälle und 90 Prozent der Todesfälle, die auf Malaria zurückgeführt werden können, könnten durch Verbesserungen der Umweltbedingungen vermieden werden.

Verunreinigtes Wasser und die schlechte sanitäre Versorgung kosten jährlich zwölf Millionen Menschen das Leben. Luftverschmutzung ist für weitere fast drei Millionen Todesfälle verantwortlich, insbesondere in Entwicklungsländern.

Auch die veränderte Nutzung von Landflächen kann die Gesundheit beeinträchtigen. Staudämme und Bewässerungssysteme können Krankheitserregern eine Brutstätte bieten. Der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln wiederum kann die lokale Bevölkerung giftigen Chemikalien aussetzen. Die Luftverschmutzung in vielen dicht besiedelten Megastädte überschreitet häufig die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Grenzwerte bei weitem.

Kontaminierte Raumluft, die durch das Verbrennen von Holz, Biomasse und Kohle zum Kochen und Heizen entsteht, beeinträchtigt die Gesundheit von 2,5 Milliarden Menschen, vor allem Frauen und Mädchen, und kostet jährlich schätzungsweise 2,2 Millionen Menschen in Entwicklungsländern das Leben.

Durch das ungeplante Städtewachstum und die Besiedlung von entlegenen ländlichen Gebieten nimmt die Zahl der Menschen ohne

Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit zu und das Risiko von ungewollten Schwangerschaften und Müttersterblichkeit steigt. Der Mangel an sauberem Wasser beeinträchtigt oftmals die Qualität der Gesundheitsdienstleistungen.

Seit 1900 sind aufgrund der Industrialisierung 100.000 neue Umweltchemikalien entstanden. Die meisten wurden bislang nicht auf ihre Gesundheitsverträglichkeit hin untersucht. Einige der Chemikalien, die aufgrund ihrer Schädlichkeit in Industrieländern verboten sind, werden in vielen Entwicklungsländern immer noch in großem Maße eingesetzt.

Viele dieser Chemikalien aus Landwirtschaft und Industrie haben ihren Weg in das Wasser, Luft, Boden, Nahrung und in den menschlichen Körper bereits gefunden. Einige werden mit Fehlgeburten und Entwicklungsstörungen, Krankheit und Tod bei Kindern in Verbindung gebracht. Nuklearstrahlung und einige Schwermetalle können sich genetisch auswirken.

Maßnahmen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung, der Zustand der Umwelt, die Gesundheit von Männern, Frauen und Kindern und der Status von Frauen sind eng miteinander verzahnt. Um die Entwicklung insgesamt voran zu bringen, bedarf es Verbesserungen in allen Lebensbereichen. So bestimmt der Status von Frauen beispielsweise den Entwicklungsstand einer Gesellschaft. Um ihren Status zu verbessern, benötigen Frauen wiederum einen hohen Standard an Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit. Diese Erkenntnis wurde bereits auf mehreren globalen Konferenzen eingebracht, insbesondere bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (1992), über Bevölkerung und Entwicklung (1994) und über soziale Entwicklung und Frauenrechte (1995).

Die UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) im Jahr 1994 erkannte den Zusammenhang von der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, der Verringerung der Armut, der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Schutz der Umwelt und nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsweisen an. Die Konferenz betonte, dass die Rechte von Frauen sichergestellt werden sollten, einschließlich ihres Rechts auf reproduktive Gesundheit.

Bei der Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms im Jahr 1999 stellte sich heraus, dass die Ziele und der Ansatz des Programms immer noch gültig sind. Eine Reihe von Themen, insbesondere HIV/Aids, haben seit 1994 sogar an Bedeutung gewonnen. Die Finanzierung des Aktionsprogramms ist jedoch entgegen der Zusagen in Kairo im gleichen Zeitraum alarmierend zurückgegangen.

Zurzeit sind die finanziellen Mittel, die für reproduktive Gesundheit und Familienplanung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden, weit von den 17 Milliarden US-Dollar pro Jahr

entfernt, auf die sich die Teilnehmer der Kairoer Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 geeinigt hatten. Während die Entwicklungsländer ihren Beitrag von zwei Drittel dieser Summe fast vollständig erbringen, beläuft sich die Unterstützung der internationalen Geldgeber noch nicht einmal auf die Hälfte der zugesagten 5,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Auch die Aids-Prävention gehört in das Maßnahmenpaket des Kairoer Aktionsprogramms. Doch inzwischen sind weit mehr Mittel für die Versorgung und Behandlung der Millionen HIV-Infizierten nötig. Die vollständige Beseitigung der ungedeckten Bedarfs an Familienplanung und Verhütung ist heute ein international anerkanntes Entwicklungsziel.

Bereits heute sind die Auswirkungen der Finanzknappheit sichtbar: Der Rückgang der Kinderzahlen hat sich langsamer entwickelt als erwartet, weil weniger Menschen als geplant die Zahl ihrer Kinder selbst bestimmen können. Gleichzeitig hat sich HIV/Aids erheblich schneller ausgebreitet, als vorausgesehen werden konnte.

Politische Programme, die sich dem Bevölkerungswachstum, der reproduktiven Gesundheit und der Verbesserung des Status von Frauen widmen, kommen dem drängenden Bedarf der Bevölkerung entgegen und fördern die Einhaltung der Menschenrechte. Sie tragen gleichzeitig erheblich zum Schutz der Umwelt bei. Obwohl es schwierig ist, diesen Beitrag zu bemessen, gilt als sicher, dass der Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit weit weniger kostenintensiv ist als die Umweltfolgen des Bevölkerungswachstums, das aus dem Mangel an Familienplanungsangeboten entstehen könnte.

Die Bewahrung der Menschenrechte, die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und ein Gleichgewicht der Bedürfnisse von Bevölkerung und Umwelt erfordern ein weites Spektrum an Maßnahmen. Einige Prioritäten dabei sind:

- die Umsetzung – und ausreichende Finanzierung – der in Kairo im Konsens beschlossenen Maßnahmen
- ein Angebot an Incentives für die Verbreitung, Weiterentwicklung und Anwendung von nachhaltigen Produktionsweisen
- die Verbesserung der Aufklärung über die Bedeutung von Nachhaltigkeit für Bevölkerung, Entwicklung und Umwelt
- die Umsetzung international anerkannter Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur sozialen Entwicklung.

Maßnahmen, die Bevölkerungs-, Umwelt und Entwicklungspolitik miteinander verbinden, sind zugleich notwendig und machbar.